



Haushaltsrede 2023
des Oberbürgermeisters
am 21. November 2022 und Vorstellung der Haushaltsdaten
durch den Stadtkämmerer

Sperrfrist: Montag, 21. November 2022, 19:00 Uhr

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Haushalt 2023:

Fokussiert durch die Krisen

– orientiert an der Machbarkeit

– ambitioniert in die Zukunft

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn Sie in diesen Tagen die Berichte verfolgen über landauf,
landab gehaltene Haushaltsreden, gewinnen Sie schnell den
Eindruck, die Bürgermeister hätten voneinander abgeschrieben.
Überall lesen Sie von schweren Zeiten, explodierenden Kosten
und unkalkulierbaren Risiken.

Übereinstimmend wird die Verletzung des Konnexitätsprinzips kritisiert. Das heißt: Der Staat schafft Aufgaben für die Kommunen, ohne für die Finanzierung zu sorgen. Überall werden Aufgabenerfüllung und Standards in Frage gestellt, überall wird auf kommende Wohlstandsverluste hingewiesen und auf notwendige Haushaltskonsolidierungen.

Ich kann Ihnen versichern: Meine Rede ist kein Plagiat – aber auch ich werde darauf zu sprechen kommen.

Gleichwohl möchte ich hier klarstellen:

Wir legen Ihnen keinen Krisenhaushalt vor, sondern ein handlungsstarkes Zahlenwerk 2023 bis 2026, das folgenden Prinzipien gerecht wird:

- Fokussiert durch die Krisen!
- Orientiert an der Machbarkeit!
- und dennoch: Ambitioniert, gestaltend in die Zukunft!

Was meine ich mit dem Prinzip „Fokussiert durch die Krisen“?

Die aktuelle wirtschaftliche Großwetterlage lässt sich so zusammenfassen: Die Wirtschaft schrumpft – die Zinsen steigen.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat nicht nur schwere humanitäre und politische Folgen. Er hat auch erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen für Europa und Deutschland. Dies ist bei all dem menschlichen Leid, dem die ukrainische Bevölkerung ausgesetzt ist, auch zu berücksichtigen.

Bereits seit einiger Zeit ist die internationale Wirtschaftsentwicklung einem wahren Dauerstress ausgesetzt – infolge multipler Krisen:

diverse Handelskonflikte, Brexit, Corona-Pandemie – die an sich und in ihren Auswirkungen noch nicht überwunden ist –, Störungen der globalen Lieferketten bis hin zum vorübergehenden Erliegen einzelner Branchen, Lockdowns in Chinas Seehäfen und Rohstoffmangel.

Hinzu kommt: Nach jahrelangen Nullzinsen hat die Europäische Zentralbank den Leitzins zuletzt am 2. November auf nun zwei Prozent erhöht. Es ist davon auszugehen, dass es angesichts der Inflationsprognosen zu weiteren kräftigen Leitzinserhöhungen kommen wird. Die gesamtwirtschaftlichen Prognosen sind wenig belastbar. Die Konjunktur ist eingebrochen, die Inflationsrate stieg im Oktober auf 10,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Wo wir stehen, ist gegenwärtig nicht klar: am Anfang, in der Mitte oder schon am Abflauen der Krisen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich bei alledem jedoch eines betonen: Lahr ist und bleibt solidarisch mit der Ukraine und den Flüchtlingen.

Vor neun Monaten hat die russische Führung einen verbrecherischen Angriffskrieg gegen die Ukraine entfesselt. Der 24. Februar 2022 geht in die Geschichtsbücher ein als der Tag, an dem die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung aus den Fugen gerissen worden ist. Dies markiert eine Zeitenwende, stellt eine tiefgreifende Zäsur dar.

Unermessliches Leid, Zehntausende Tote und noch mehr Verwundete, ein in weiten Teilen zerstörtes und verwüstetes Land, Millionen Flüchtlinge.

Die Solidarität mit der Ukraine ist immens, auch in Lahr. Die Menschen aus der Ukraine haben hier eine herzliche Willkommenskultur erfahren. Es gibt eine überwältigende Aufnahme- und Hilfsbereitschaft und vielfache Geld- und Sachspenden. Als Oberbürgermeister bin ich stolz, wie geschlossen unsere Stadt zusammensteht. Ich bin stolz auf die beeindruckende Unterstützungsbereitschaft und auf die außerordentliche Leistungsfähigkeit unserer Stadtverwaltung.

Einen besonderen und aufrichtigen Dank richte ich an die vielen Helferinnen, Helfer und ehrenamtlich Tätigen, die mit herausragendem Engagement geflüchtete Menschen unterstützen, ihnen Unterkunft bieten, ihnen beistehen, sich um sie kümmern. Bei der Anteilnahme und dem Dank schließe ich ausdrücklich auch ein: die Verfolgten und Geflüchteten aus Ländern wie beispielsweise dem Iran, Syrien und Afghanistan sowie alle Helferinnen und Helfer für diesen Personenkreis. Wir dürfen sie nicht vergessen!

Einen herzlichen Dank spreche ich auch dem Personal in den Kindertagesstätten und Schulen in Lahr für die Aufnahme und Betreuung der vorwiegend ukrainischen Kinder aus.

Zu unserer Verantwortung und zur Wahrheit gehört auch, dass der Krieg Ressourcen der gesamten Lahrer Bevölkerung, der Stadtverwaltung und des städtischen Haushalts in beträchtlichem Umfang in Anspruch nimmt. Sicherlich relativiert sich so manches unserer Probleme, verglichen mit der Situation in der Ukraine. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren: Auf Rosen gebettet sind wir nicht.

Der Bund und die Länder wollen mit einem Maßnahmenbündel die Folgen der Inflation und der Energiekrise für die Menschen im Land abfedern. Es geht um Entlastungspakete, um Strom- und Gaspreisbremsen, um Rettungsschirme und auch um Verstaatlichungen von Energieversorgungsunternehmen, die in Not geraten sind.

Auch für unsere kommunalen Stadtwerke ist ein Schutzschirm notwendig, um sie vor einer existenziellen finanziellen Schieflage zu bewahren. Derzeit ist noch offen, ob und gegebenenfalls wie die Strom- und Gaspreisbremse auch für Kommunen gelten wird.

Ich setze darauf, dass die Kommunen dies gemeinsam einfordern werden.

Damit sind wir beim Thema: Lahr spart Energie!

Die Energiekrise hat mehrere Facetten. Es geht nicht nur um Kosten für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und den städtischen Haushalt – obwohl schon die Vervielfachung der Energiepreise eine große Belastung darstellt. Es geht darüber hinaus um Versorgungssicherheit im Winter und in den nächsten Jahren und um die Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen auf kurze und lange Sicht.

Es sind deshalb große Anstrengungen von allen gefordert, um den Energieverbrauch zu reduzieren.

Als Stadt haben wir zügig und konsequent reagiert. Am 12. September hat der Gemeinderat über unsere Maßnahmen Beschluss gefasst und noch eine Energiespar-Schippe draufgelegt, indem er die Badewasser- und Raumlufttemperatur im Hallenbad nicht nur um das vorgeschlagene eine Grad Celsius, sondern um jeweils drei Grad Celsius reduziert hat.

Lahr leistet also seinen Beitrag, um die Energiekrise mit all ihren negativen Auswirkungen abzuwenden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

sich an der Machbarkeit orientieren zu müssen erscheint als Binsenweisheit. Allerdings schwebt das Schwert begrenzter Machbarkeit in den nächsten Jahren über vielen Aufgaben, vielen Projekten, ja über allen Kommunen.

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in Sachen Konnexität!

Bund und Länder sind in der Pflicht, für die immer neuen Standards und Aufgaben, die sie einfordern, den Städten und Gemeinden auch die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Alles andere bedroht die Leistungsfähigkeit der Kommunen insgesamt und grundsätzlich!

Das ist nicht nur das Mantra des Lahrer Oberbürgermeisters seit vielen Monaten. Sie werden dieses Jahr wahrscheinlich kaum eine Haushaltsrede in einer Stadt oder einem Landkreis hören, in der die ständig zunehmende Aufgabenübertragung auf Kommunen ohne staatliche Gegenleistung nicht thematisiert wird.

Landrat Frank Scherer hat die Situation bei Einbringung des Kreis-Haushaltes am 8. November 2022 so skizziert:

- es wird Qualitätsverluste und Einschränkungen geben
- wir werden nicht mehr allen berechtigten Interessen vollständig gerecht werden können

Städtetagspräsident Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister von Mannheim, erklärte:

„Bund und Land haben Leistungen versprochen, die so nicht realisierbar sind, so wie der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung in der Grundschule ab 2026. Für das gesetzlich vorgesehene Angebot fehlt insbesondere das notwendige Personal, ausgebildete Betreuende. Von Bund und Land werden Dinge versprochen, die weder ausfinanziert noch praktisch umsetzbar sind. Das Scheitern wird dann den Kommunen angelastet. Diese Arbeitsteilung machen wir nicht mit. [...]

Für die Verhandlungen der Kommunen mit dem Land folgt daraus, dass wir über Geld reden müssen, wir müssen aber auch über Leistungsversprechen und die Standards reden – und zwar über alle politischen Ebenen hinweg.

Den Ausführungen des Städtetagspräsidenten ist nichts hinzuzufügen, ich schließe mich an ohne Einschränkungen – mit einer Ergänzung: Reden alleine wird nicht reichen.

In einem offenen Brief schreiben die Vertreterinnen und Vertreter aller Ortenauer Gemeinden gemeinsam an den Ministerpräsidenten,

„dass die Zeit eines ungebremsten Draufsatteln bei Standards, Rechtsansprüchen und staatlichen Leistungszusagen endgültig vorbei sein müsse. Es bedürfe sofort eines Entfesselungspakets, welches Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aus dem überregulierten Gesetzesrahmen befreit.

Die Vorschläge zum Bürokratieabbau und zu Standardsenkungen in Baden-Württemberg liegen im Übrigen seit Jahren vor, bislang ist jedoch nichts geschehen.“

Was bedeutet die Verletzung des Konnexitätsprinzips für uns in Lahr? Dazu einige Beispiele:

Mit Sorge sehe ich dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern entgegen.

Bund und Land haben 2021 beschlossen, diesen Rechtsanspruch schrittweise einzuführen: ab dem Schuljahr 2026/2027 für Erstklässler, dann jahrgangsweise aufwachsend. Ab dem Schuljahr 2029/2030 soll dann jedes Schulkind das Recht auf einen Platz haben. So weit, so gut. Für die Ganztagesangebote werden aber zig Fach- und Betreuungskräfte benötigt – und dies bei einem jetzt schon gravierenden Fachkräftemangel im Bildungs- und Betreuungsbereich.

Damit keine Missverständnisse entstehen: Wer die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern will, muss auch die Betreuungsangebote an den Grundschulen ausdehnen. Dies gilt insbesondere für Städte wie Lahr mit einer heterogenen Bevölkerungszusammensetzung. Der Anspruch darf sich aber nicht allein an die Städte und Gemeinden richten.

Es ist eben ein großes Problem, dass von Bundes- und Landesseite immer wieder Erwartungshaltungen geweckt werden durch Ankündigungen und durch Anheben von Standards, die wir auf kommunaler Ebene in den Rathäusern ausbaden müssen.

Ist es eine Masche? Wir funktionieren ja. Aber dies stellt für die Kommunen eine enorme finanzielle Belastung dar – und dies nicht nur für die Investitionen, sondern auch für den laufenden Betrieb. Ohne eine angemessene finanzielle Ausstattung geht das nicht.

Die Reihe der Beispiele für die Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips ist lang. Wir haben aktuell eine Wohngeldreform – ohne dass der kommunale Aufwand kompensiert würde. Plötzlich zieht sich der Staat aus der Finanzierung der Sprach-Kitas zurück, Aufgaben der Landespolizei muss der kommunale Ordnungsdienst – KOD – übernehmen.

Dies sind nur einige aktuelle Beispiele. Noch gravierender sind teilweise Überregulierungen und Standards, deren Notwendigkeit nicht ausreichend hinterfragt werden.

Was bedeutet Machbarkeit nun für den Haushalt der Stadt Lahr 2023 und die Finanzplanung bis 2026?

Ich weise vor allem hin auf unser großes Projekt der Haushaltskonsolidierung mit Investitionspriorisierung!

Zur Haushaltskonsolidierung:

Schon vor Corona haben sich der städtische Haushalt und die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in einer schwierigen Phase befunden. Der Konsolidierungsdruck im Ergebnishaushalt ist nicht neu. Durch die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen haben sich die strukturell bedingten Finanzthemen jedoch weiter verschärft. Sie wirkte und wirkt quasi wie ein Beschleuniger.

Die schwerwiegenden Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine belasten die ohnehin schon schwierige Haushaltsslage für Bund, Länder und Kommunen und damit auch für unsere Stadt nochmals zusätzlich in extremer Art und Weise.

Das bedeutet: Wir müssen unsere strukturellen Defizite angehen, sie bereinigen, um uns krisenfester aufzustellen.

Wir befinden uns bereits in der Haushaltskonsolidierungsphase. Dies ist ein grundlegender Prozess, der Zeit bedarf. Ziel muss sein, unsere Kommunalfinanzen strukturell und nachhaltig zu konsolidieren: primär auf der Aufwandsseite, aber auch auf der Ertragsseite.

Das bedeutet, dass wir eine wirtschaftlich gute Entwicklung am Standort brauchen, um zusätzliche Wertschöpfung zu erhalten. Oder, mit anderen Worten: Wir müssen auch unsere Gewerbe- und Industrieflächen konsequent – aber mit Bedacht – entwickeln. Konsolidierung auf der Ertragsseite bedeutet eben nicht nur, Steuer- und Gebührensätze anzupassen.

Mit der Investitionspriorisierung ist es Ziel, unseren Investitionskatalog zu priorisieren und politische Investitionsschwerpunkte zu setzen. Hier befinden wir uns auf einem guten Weg und setzen 2023 einen ersten Schritt.

Insgesamt geht es um Nachhaltigkeit und strategische Verbesserung des strukturellen Finanzierungsdefizits. Dabei schauen wir nicht nur auf den Jahreshaushalt und die drei folgenden Finanzjahre.

Wir nehmen einen Zeitraum von etwa zehn Jahren in den Blick. Sonst könnten wir nicht von Nachhaltigkeit reden.

Die Wirkungseffizienz, also das Verhältnis zwischen Mitteleinsatz und Ergebnis, ist unsere Zukunftswährung.

Im Haushaltssprech heißt das: Wir müssen es im Zuge der Konsolidierung gemeinsam schaffen, die künftigen Ergebnishaushalte nicht nur auszugleichen, sondern darüber hinaus einen investiven Finanzierungsbeitrag für neue Investitionen zu schaffen, um neue Investitionsspielräume zu ermöglichen. Das ist übrigens auch eine rechtliche Verpflichtung.

Wir haben den Prozess der Haushaltskonsolidierung verbunden mit der Erwartung, damit ab dem Haushaltsjahr 2024 eine Effizienzrendite von 1,5 Millionen Euro pro Jahr zu erzielen.

Wesentlicher Bezugspunkt für die Haushaltsaufstellung ist die planerische Schuldenobergrenze zum Ende des Finanzplan-Zeitraums 31. Dezember 2026. Im Mai 2021 hat der Rat unter dem Aspekt der Leistungsfähigkeit des Haushalts und als Beitrag zur Generationengerechtigkeit eine Schuldenobergrenze von 35 Millionen Euro beschlossen.

Im Zuge des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens 2023 ff. ist diese zunächst auch eingehalten worden.

Infolge der durch das Ortenau Klinikum unvermittelt ausgelösten Maßnahme „Ersatzlösung Kita Bottenbrunnenstraße“ war die Schuldenobergrenze zum Jahresende 2026 nicht mehr zu halten. Hinzu kam die Energiepreisexplosion, die uns im Kernhaushalt mit knapp vier Millionen Euro zusätzlichen Mitteln belastet. Im Konzern Stadt, also einschließlich Eigenbetrieben, Abwasserzweckverband und Spital Wohnen und Pflege sind es sogar knapp sechs Millionen Euro, verglichen mit dem Basisjahr 2021. Pro Jahr wohlgemerkt!

Unter Einrechnung dieser Veränderungen ist eine Anhebung des Verschuldungsstandes bis Ende 2026 auf rund 44,9 Millionen Euro erforderlich.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass ohne explodierende Energiekosten und ohne Investition in eine Ersatzlösung Kita Bottenbrunnenstraße die Schuldenobergrenze von 35 Millionen Euro zum 31. Dezember 2026 eingehalten worden wäre.

Im Ergebnis agieren wir im Rahmen der Haushaltskonsolidierung und einem stabilen Handlungsrahmen für eine Zehn-Jahres-Planung.

Und dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren:
ambitioniert in die Zukunft!

Wundern Sie sich bitte nicht, wenn ich trotz krisenhafter Rahmenbedingungen, dringlicher Forderungen zur Einhaltung des Konnexitätsprinzips und der Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung von einem sehr guten Haushalt 2023 spreche.

Ich meine, es ist der Kämmerei mit den Fachämtern und der Verwaltungsspitze der Spagat sehr gut gelungen: sich gleichzeitig auf das aktuell Machbare zu konzentrieren, aber auch ambitionierte Zukunftsprojekte anzugehen!

Wir haben große Ziele mit gerade erst erneuerten Entwicklungsplänen hinterlegt und zum Teil mit großzügigen Fördergeldern unterstützt. Was Sie auf dem Tisch liegen haben, folgt der Vision 2030, die der Gemeinderat vor zwei Jahren verabschiedet hat.

Sie finden Projekte, die Maßstäbe setzen für den Ausbau der Kinderbetreuung und der Schulen. Wir starten ein neues Kapitel der Standort- und Innenstadtentwicklung! Um nur einige Stichworte zu nennen.

Der Haushalt 2023 hält aber auch Kurs und setzt Schwerpunkte in Richtung Klimaneutralität, Verkehrswende und Digitalisierung. Nicht zu vergessen: Wir investieren nicht nur über die Städtische Wohnbau, sondern direkt im städtischen Kernhaushalt in Millionenhöhe in Soziales Wohnen.

Im Einzelnen:

Schulen und Kitas sind in Lahr weiterhin auf der Vorfahrtsstraße.

Wie in den Vorjahren setzen wir bei den Schulen und Kitas wesentliche Investitionsschwerpunkte. Das wird auch in den nächsten Jahren so sein.

Große energetische und allgemeine Sanierungsmaßnahmen in den städtischen Schulen, wie beispielsweise in der Grundschule Sulz und in den beiden Gymnasien, werden im nächsten Jahr weitestgehend abgeschlossen.

Darüber hinaus soll 2023 der Startschuss für die bauliche Maßnahme an der Johann-Peter-Hebel-Schule erfolgen, einschließlich der Vorbereitungen für die Ganztagsbetreuung. Es sind Mittel eingestellt für die Containerlösung an der Grundschule Mietersheim und eine Planungsrate für das Doppelprojekt Kita und Schule in Kuhbach und Reichenbach, das allerdings noch unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit steht.

Hinzu kommen größere Beträge für die weiterzuführende Digitalisierung der Schulen.

Im Bereich Kinderbetreuung stehen fünf Millionen Euro für den Ersatzneubau Kita-Bottenbrunnenstraße und eine Million Euro für die „Sport-Kita“ auf dem Areal der Dammenmühle. Die Sport-Kita ist ein wahres Leuchtturmprojekt, das Zeichen setzt: sowohl für Lahr als Sportstadt als auch für innovative Konzepte der Kinderbetreuung.

Die genannten Beträge sind nicht die gesamten Projektkosten, sondern die Ansätze allein 2023, die sich als Gesamtsumme investive Baumaßnahmen für Schulen und Kitas in diesem Jahr auf insgesamt zehn Millionen Euro addieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

für die Bereiche Kita und Schulen steht die Ampel weiter auf „Grün“ – mit Vorfahrt gehen wir die Maßnahmen an, und dies ist richtig und auch notwendig!

Zur Ergänzung: Hinsichtlich der Investitionen im Bereich von Kita und Schulen stehen für angemeldete Projekte in unserem Ampelsystem der Investitionspriorisierung bis 2026 folgende Zahlen – vielfach unter Finanzierungsvorbehalt:

- Grün: 68 Millionen Euro
- Gelb: circa 22 Millionen Euro
- Rot: circa sechs Millionen Euro

Um im Bild der Verkehrsregelung zu bleiben: Das Vorfahrt-Haben für eine Seite bedeutet immer auch ein Vorfahrt-Gewähren für die anderen Seiten. Es gibt sicher viele Themen, die es verdient hätten, auf der Vorfahrtstraße zu sein – wie etwa Klimaschutz und Verkehrswende oder Entwicklungsthemen wie Wirtschaftsstrukturen und Innenstadt. Im Reißverschluss muss jeder warten, kommt dann aber auch zum Zug.

An dieser Stelle komme ich zurück auf den Städtetagspräsidenten Dr. Peter Kurz und übersetze ihn: Wir brauchen ein Moratorium für die Umsetzung aller zusätzlichen Aufgaben und neuen Standards, die uns Bund und Land aufbürden, bis die Finanzierung geklärt ist.

Ja, es gibt die rechtliche Verpflichtung beispielsweise zur Umsetzung des Ganztagesanspruchs. Es gibt aber auch das verfassungsrechtliche Gebot der Konnexität!

Das zeigt sich auch beim folgenden Thema:

Wir verfolgen ambitionierte Ziele zur Klimaneutralität und gehen machbare Schritte in der Umsetzung.

Auch wenn der Krieg und Krisensituationen vieles überschatten und aus dem Fokus gerückt haben: Wir dürfen bedeutsame und wegweisende Ziele für unser Land und unsere Stadt nicht aus den Augen verlieren. Hierzu zähle ich zuvorderst den Klimaschutz, die Mobilitäts- und die Energiewende.

Der Krieg in der Ukraine hat schonungslos offengelegt, dass unsere Abhängigkeit von fossilen Energien viel zu groß ist. Wir müssen den Ausbau erneuerbarer Energieträger und das Einsparen von Energie intensiv beschleunigen. Verbot von Fracking in der BRD, aber sehr gerne Import von Flüssigerdgas zum Beispiel aus USA/Kanada – das kann doch nicht unser Anspruch sein!

Der Gemeinderat hat im Dezember 2021 die Leitziele für Klimaneutralität von Lahr neu beschlossen und das „Arbeitsprogramm^{plus} – Energie und Klima“ verabschiedet. Die ehrgeizigen Ziele sind: Die Stadt möchte im Saldo bis 2040 klimaneutral sein, im städtischen Verantwortungsbereich sogar schon 2035.

Vor uns liegt eine Aufgabe, die alle Bereiche unseres Lebens betrifft: die Art, wie wir Energie erzeugen, Mobilität gestalten, Landwirtschaft betreiben, wie wir produzieren, Wohnungen bauen, Abfall entsorgen, wie wir reisen, wie wir einkaufen, wie wir uns ernähren.

Wir gehen 2023 wichtige Schritte in weiteren Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen: im Kernhaushalt, im Konzern Stadt Lahr und gemeinsam mit Unternehmen und Partnern der Region. Direkt im Haushalt sind circa 1,7 Millionen Euro eingestellt für zum Beispiel ein Energiekonzept, Gebäudeunterhaltung, die weitere Umrüstung der Straßenbeleuchtung, Dachbegrünung und Bodenentsiegelung, Ausgleichsflächen und ökologische Bodenbevorratung.

Entscheidend ist, wieviel Energie wir – gemeinsam mit anderen – mobilisieren können.

Ein großes Projekt steht an am Flughafen: Eine groß dimensionierte Photovoltaik-Anlage auf städtischen Flächen im Bereich der 2012 erworbenen Flugbetriebsflächen. Hier arbeiten wir zusammen mit regionalen Unternehmen, dem E-Werk Mittelbaden, der BIMA, der IGZ und der Gemeinde Friesenheim. Diese PV-Anlage ist für mich ein herausragendes Beispiel hoher Wirkungseffizienz städtischer Gelder. Durch die Projektpartnerschaft erreichen wir sehr hohe Wirkung mit den gegebenen Mitteln. Die finanzielle Abwicklung ist außerhalb des Haushalts vorgesehen; es wird im Ergebnis keine Belastung, sondern ein Ertrag für den Haushalt der Stadt erwartet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir dürfen uns trotzdem nichts vormachen: Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, auch die Umsetzung unseres Klimafahrplans, kosten unterm großen Strich enorm viele Ressourcen – Geld und Personal.

Sowohl das Projekt PV-Anlage Flughafen als auch das Programm Photovoltaik auf kommunalen Dächern binden viel Arbeitszeit, die für andere Aufgaben nicht zur Verfügung steht, beispielsweise beim Stadtplanungsamt und beim Gebäudemanagement sowie bei vielen anderen Beteiligten.

Der Großteil der Klimainvestitionen wird von den Kommunen getätigt. Es bedarf auch in Sachen Klimaschutz einer fairen Lastenverteilung zwischen den föderalen Ebenen. Die finanzielle Schlagkraft der Kommunen muss für unseren Weg zur Klimaneutralität deutlich erhöht werden.

Eine der wichtigsten Ressourcen, in die es gut und vorausschauend zu „investieren“ gilt, ist unser Personal.

Der Fach- und Arbeitskräftemangel schlägt auch auf Kommunalverwaltungen stark durch. Damit wir im immer strenger werdenden Personalwettbewerb bestehen können, müssen wir uns als Arbeitgeber noch attraktiver aufstellen.

Hierzu zählt auch der weitere Ausbau flexibler Arbeitsmodelle wie zum Beispiel Homeoffice sowie eine angemessene Raumbedarfsplanung.

Im Haushalt 2023 stellen wir Mittel ein, um die Ergebnisse der Raumbedarfsanalyse umzusetzen, die wir im Haushaltsjahr 2022 durchgeführt haben. Neben der Überarbeitung der IT-Standards – hin zu nur noch mobilen PC-Arbeitsplätzen – wurde auch das Konzept für die Ausstattung der klassischen PC-Arbeitsplätze komplett neu erstellt und vereinheitlicht. Diese neuen IT- und Möblierungsstandards wollen wir sukzessive umsetzen und so die Mobilität und Flexibilität der Arbeitsplätze noch weiter erhöhen. Auch diese Maßnahmen tragen letztendlich ihren Teil dazu bei, die Attraktivität des Arbeitgebers „Stadtverwaltung Lahr“ kontinuierlich zu erhöhen.

Wesentlich ist zunächst jedoch eine Personalausstattung, die den ständig wachsenden Aufgaben angemessen ist. Die Beschäftigten der Stadtverwaltung leisten an vielen Stellen weit mehr, als ihnen abverlangt werden könnte. Das betrifft die Leistungsbereitschaft, aber auch die Menge an Arbeit, die absolviert wird.

Ohne das Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen wäre die Stadtgesellschaft nicht so geräuschlos durch die letzten zwei Corona-Jahre gekommen. Die Verwaltung bewältigt die Herausforderung der Flüchtlingsversorgung; sie entwirft ein umfängliches Maßnahmenpaket Energieeinsparung und setzt es um; und sie gestaltet – nebenbei - noch ein Landesturnfest, ein Stadtfest und eine Chrysanthema.

Der Stellenplan, den wir Ihnen vorlegen, ist von den Anforderungen der Haushaltskonsolidierung geprägt: Er ist ein mit Augenmaß erstelltes Werk, das nur den dringlichsten Bedarf wiedergibt. Mit mehr Personal wären einige Ämter in der Lage, auch Wünschen des Gemeinderats noch schneller nachzukommen.

Erlauben Sie mir den Hinweis: Das Personal wird in der Aufgabenerfüllung zunehmend von einer unablässig wachsenden Vorschriftenvielfalt gebremst. Man kann da und dort von Regelungswut reden. Alle staatlichen Ebenen müssen in diesem Feld abrüsten, sonst wird nicht nur die Verwaltung immer teurer, sondern auch Entscheidungen werden immer langwieriger – und auch nicht besser.

Als Optimist erwarte ich, dass die Energiewende zum Vorschriftenabbau beiträgt, sozusagen zur Vorschriftenwende wird.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Auch die Verkehrswende gibt es nicht zum Nulltarif. Wir investieren als Stadt viel, aber eines ist klar: Die 1,6 Millionen Euro, die wir im Haushalt haben – beispielsweise für Mobilitätsstationen, barrierefreie Bushaltestellen und ersten Grunderwerb für das Güterverkehrsterminal –, dieser Betrag ist eine Größenordnung, die auf Dauer nicht reicht. Für Radwege stehen nur 50.000 Euro zur Verfügung. Auch hier zieht sich das Land aus der Finanzierung zurück – siehe das Beispiel Radschnellwege.

Ohne eine Verkehrswende ist effektiver Klimaschutz nicht möglich. Ohne sie lassen sich unsere ebenso ambitionierten wie notwendigen Klimaziele nicht erreichen.

Ich danke dem Gemeinderat, dass wir sowohl im Bereich Verkehrsplanung als auch im Bereich Klimaschutzmaßnahmen bereits im Stellenplan 2022 je eine zusätzliche Stelle einrichten konnten.

Für eine klimaschonende Mobilitätswende brauchen wir einen massiven Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zu bezahlbaren Preisen. Wir brauchen also die Unterstützung, insbesondere auch den finanziellen Beistand von Bund und Land. Allein über unsere städtischen Etat-Möglichkeiten können wir die notwendigen Investitionen in den ÖPNV bei weitem nicht stemmen.

Bevor ich für das Zahlenwerk an den Stadtkämmerer Markus Wurth das Wort übergebe, benenne ich noch vier weitere Haushaltsschwerpunkte, die ebenfalls große Bedeutung haben: Digitalisierung, Wirtschaftsstandort, Innenstadtentwicklung und Soziales Wohnen.

Sie sehen allein an dieser Aufzählung, dass der Haushalt zukunftsorientiert aufgestellt ist, auch wenn wir alle uns manchen Betrag größer wünschen würden.

Für die Digitalisierung sind im Haushaltsentwurf knapp 400.000 Euro eingestellt: zum Beispiel für die Digitalisierungsstrategie, die digitale Verwaltung und die Vorbereitung des Breitbandausbaus, der in der Finanzplanung 2024 und 2025 mit je 900.000 Euro angesetzt ist.

Der Breitbandausbau ist ein weiteres, schmerzhaftes Beispiel dafür, wie der Staat sich über Nacht aus einer Förderung zurückgezogen hat. Hier gehen wir davon aus – Optimisten, wie wir eben sind – dass wir trotzdem noch planmäßig in die nächste Förderung gelangen.

Im Stellenplan 2023 wollen wir eine zusätzliche Stelle „Sachbearbeitung Digitalisierung“ schaffen, damit wir den digitalen Wandel in der Verwaltung noch schneller und smarter voranbringen. Ein Arbeitsschwerpunkt soll die Koordination zwischen den Organisationseinheiten innerhalb der Verwaltung bei der Umsetzung von Digitalisierungsprojekten sein.

Die Stärkung des Wirtschaftsstandorts erfolgt maßgeblich über Ansätze außerhalb des Kernhaushalts, muss hier jedoch erwähnt werden. In Summe geht es um nahezu 20 Millionen Euro von 2023 bis 2026 zur Schaffung notwendiger Infrastruktur im Bereich des Ostareals, die sich im Eigenbetrieb Abwasser beziehungsweise dem Rahmenkonto Ost niederschlagen.

Der Schwerpunkt mit etwa 12 Millionen Euro entfällt auf die Jahre 2023 und 2024. Entsprechend der vertragsnotwendigen Abbruch- und Erschließungspflichten gegenüber der BIMA werden vorwiegend im nördlichen Ostareal Kanal- und Straßenerschließungen durchgeführt.

Ebenfalls von strategischer Bedeutung ist die interkommunale Konzeption zur Einrichtung eines regionalen Gründer- und Innovationszentrums unter Lahrer Führung. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, gemeinsam mit Partnern ein – auch finanziell – besseres Ergebnis zu erzielen als allein. Im Ergebnis erzielt der eigene Euro in Partnerstruktur ein Vielfaches an Wirkung. Die Eckpunkte des Konzepts wurden in der Fachkonferenz Wirtschaft vorgestellt, die Beratungsvorlage kommt in eine der nächsten Sitzungen des Gemeinderats.

Zurecht wird die Innenstadt gemeinhin als Herzkammer einer Kommune bezeichnet. Trotzdem gibt es im Haushalt kein Produkt, das Innenstadt heißt. Die Mittel sind über viele Abschnitte verteilt. Ich greife zwei Projekte heraus, die beide verdeutlichen: Der Haushalt 2023 gibt entscheidende Impulse für eine prosperierende, langfristige Entwicklung und Gestaltung der Innenstadt.

Es sind Planungsmittel eingestellt sowohl für die weitere Ausarbeitung des Antrags auf ein neues Sanierungsgebiet, den wir gerade erst gestellt haben, als auch für die weiteren Planungen zum Postareal.

Gerade heute befasst sich der Gemeinderat mit dem ISEK – wie der Name sagt, ein umfassendes „integriertes“ Konzept zur Stadtentwicklung, mit einem Schwerpunkt Innenstadt.

Für die Schaffung sozialen Wohnraums geben wir im Haushalt 2023 nahezu 1,5 Millionen Euro aus. Der Betrag umfasst eine Million Euro Zahlungsrate für das Projekt Lotzbeck 24, circa 400.000 Euro Zuführungsrate an die Wohnbau Kapitalrücklage Gartenhöfe sowie einen kleinen Betrag für die Akquise leerstehenden Wohnraums durch die Stadtverwaltung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die aktuelle Zeit ist von multiplen Krisen geprägt. Der Bundeskanzler spricht zurecht von einer Zeitenwende. Das Wachstum an kommunalen Aufgaben hat sich vom Wachstum der Leistungsfähigkeit der Kommunen entkoppelt!

Ich erwarte, dass das Regierungspräsidium in der aktuellen Situation die Genehmigungsvoraussetzungen für die kommunalen Haushalte deutlich großzügiger auslegt als bisher. Die Kommunen stehen zusammen – der jüngste Weckruf von Verbänden und Gemeinden an das Land war mit Sicherheit nicht der letzte.

Krisen sind immer auch die Aufforderung zur Innovation. Die Stadtverwaltung führt die Haushaltskonsolidierung konzentriert und mit großer Anstrengung fort. Der Haushaltsentwurf 2023 und die Finanzplanung 2024 bis 2026 sind solide und ambitioniert. Das Machbare wird mit wichtigen strategischen Impulsen verbunden.

Es geht also nicht um einen einfachen „Spar-Haushalt“. Wir legen dem Gemeinderat vielmehr einen handlungsstarken, strategisch ausgerichteten Haushalt vor, der dem Anspruch gerecht wird, die Finanzmittel für die unstreitig notwendigen Maßnahmen gerade im Kita- und Schulbereich bereitzustellen – der aber auch deutlich macht, dass die Kommunen von Bund und Land nicht überfordert und nicht alleine gelassen werden dürfen.

Einen persönlichen und herzlichen Dank richte ich an die über 1000 Beschäftigten der Stadtverwaltung, die ein immenses Arbeitspensum leisten. An die Stadtkämmerei, insbesondere Herrn Markus Wurth und Herrn Christian Ziser, für den Kraftakt der Haushaltsaufstellung in diesen besonderen Zeiten. Und an meine Kollegen Erster Bürgermeister Guido Schöneboom und Bürgermeister Tilman Petters, die die Notwendigkeiten der Haushaltspriorisierung mittragen.

Den vorgelegten Planentwürfen wünsche ich eine gute Aufnahme in Ihren Reihen und den Haushaltsberatungen einen erfolgreichen Verlauf. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Herr Stadtkämmerer Markus Wurth stellt Ihnen nun die Zahleneckwerte des Haushalts 2023 vor.